Unser Reporter Edi Torial:
"Sag mal, Carlo, warum bringst du so ein Jnfo raus?"
Carlo Sponti:
"Ich, weißt du, mir hat das gestunken, diese normale Jnfo-Scheiße ('angesichts der ständigen Verschärfung der bla. bla bla...'). Und da hab ich mich zusammengesetzt mit n'paar Typen und Gruppen... hab denen gesagt, bringt doch mal euer Zeug zusammen raus, damit es allen zugänglich ist. Diskutiert doch mal eure 'Positionen' im Jnfo. Für den Anfang reicht doch als gemeinsamer Punkt das Unbehagen an ML'ern und Reformisten - und die erstrebte Einheit von politischer Praxis und persönlicher Emanzipation.
So hab'n wir angefangen - dieses Jnfo ist der zweite Versuch - wir diskutieren weiter - macht doch mit!"

VERANTWORTLICH CARLO SPONTI FÜR DEN INHALT

# Was steht drin ?

S. 3 Schwulengruppe

S. 4 Etwas nimmt seinen Lauf....

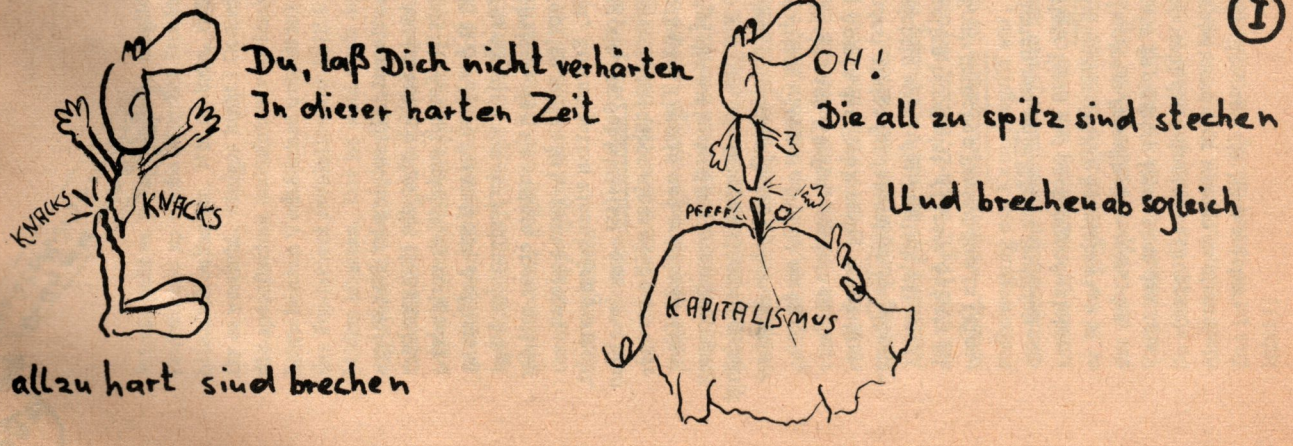
S. 7 Der große Bluff

S. 15 Von der Revolution zur Resolution – Anmerkungen zur letzten MV-VV

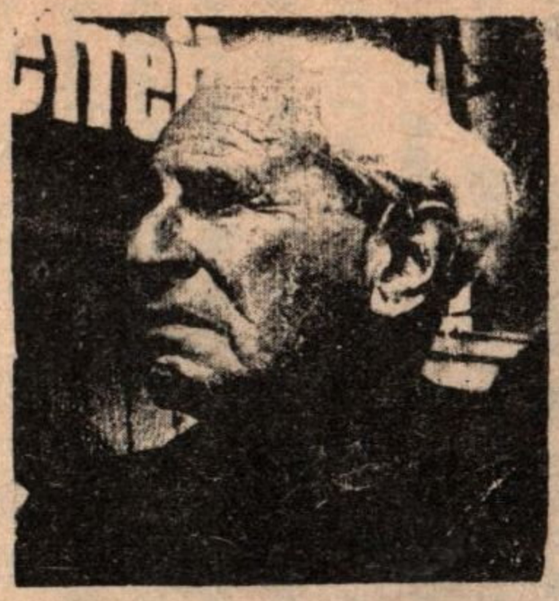
Adressen und Informationen über die einzelnen Gruppen, die mit Carlo Sponti zusammenarbeiten, sind an seinem Büchertisch – an der Mensa – zu bekommen.

# Schwulengruppe:

schwule trifft man hier in heidelberg meist im "whisky", einer kneipe mit gesichtskontrolle in der zwingerstrasse. "hier ist man schwul, hier darf man´s sein". es wird getrunken, getanzt, geschmust, gesucht und auch gefunden. unterhalten kann man sich kaum, dazu ist die musik zu laut. die meisten reden ohnehin nicht miteinander, so als sei jeder allein und außer ihm niemand da. werden worte gewechselt, geht´s meist nicht über begrüßung einfüge begleitende worte und die entscheidende "gretchenfrage" hinaus. morgens ist man wiedef allein. man begegnet sich auf der hauptstrasse ohne einander wiederzuerkennen. in der mensa nickt man verlegen mit dem kopf, sollte man trotz aller vorsicht einen "insider" gesehen haben. woran das liegt?
schwulsein ist abends gestattet. im ghetto einer schwulenbar. tagsüber gibt man sich "normal", auch wenn´s im seminar angesichts eines sympatischen gegenübers noch so schwer fällt. die angst vor "entdeckung" sitzt seit dem tag im nacken, seit dem man schwule neigungen nicht mehr total unterdrücken kann. man fürchtet sich; wenn auch nur vor witzen, herabsetzung oder auch offener feindschaft. die flucht in gespielte "normalität" ist der scheinbar einzige ausweg. das rollenverhalten ist perfekt, das problem weiterhin ungelöst. bleibt die frage, wie lange das jemand aushält.
"glücklicherweise" gibt´s ja mehrere fluchtwege. du isolierst dich, stürzt dich in arbeit oder hobby und glaubst, auf diese weise allmählich zu vergessen. du kannst dich auch in privatistische zweisamkeit flüchten. die kopie einer bürgerlichen ehe gelingt vielen schwulen bis in die rollenteilung hinein. gewiß, man fällt nicht auf und ist ein angenehmer zeitgenosse. bis schließlich das versteckspiel ein ende hat, weil irgendjemand den charakter deiner zweisamkeit genauer unter die lupe genommen hat. vielleicht hast du aber auch entdeckt, daß sublimierung trumpf ist, also leitest du deine wünsche und bedürfnisse um und läßt diese neu erschlossener energie in politische aktivität umschlagen. damit ist gewiß ein abbau gestauter energien gesichert, das "problem" bleibt weiterhin ungelöst, da du dich lobenswerter weise für gott und die welt, nicht aber für die lösung deiner eigenen probleme einsetzt.
wenn du zeitungsleser bist, dürfte dir aufgefallen sein, daß es in der brd und westberlin mittlerweile 40-50 regionale und lokale schwule aktionsgruppen gibt, die auf verschiedene weise versuchen, die homosexualität für den einzelnen und für die jeweilige umgebung akzeptabel zu machen. die "deutsche aktionsgemeinschaft homosexualität"(dah) versucht dies u.a. dadurch, daß sie in der öffentlichkeit um toleranz und verständnis wirbt, um so für schwule einen platz innerhalb der gesellschaft zu ergattern. daß diese strategie an der wirklichkeit vorbeigeht, zeigt sich darin, daß der platz für schwule in unserer Gesellschaft traditionell gesichert ist.
es ist der gleiche ort, den man gastarbeitern, farbigen usw. zugewiesen hat - das ghetto. wie das konkret aussieht, zeigt rosa´s film: "nicht der homosexuelle ist pervers, sondern die situation, in der erlebt", von dem sich so manche schwule (auch in der dah) so gerne distanzieren möchte, weil "wir ja nicht so sind".
andere gruppen haben sich, wie wir, in schwulenkreisen selbst organisiert, als schwulengruppen in erster linie für schwule. der ansatzpunktverschiebt sich automatisch. von vorrangigem interesse sind ganz persönliche probleme, die der schwule aufgrund seines schwulseins zu bewältigen hat, wozu er mangels Aufklärung oder aufgrund psychischen drucks allein kaum in der lage ist. das bewußtsein und die tatsache, mit leuten ein problem besprechen zukönnen, das alle beteiligten gleich stark angeht, die möglichkeiten gemeinsamer diskussionen un der suche nach lösungswegen wird von den beteiligten als gemeinsame aktion zur selbstbefreiung verstanden und erfahren.
emnzipation wird allerdings nicht im stillen kämmerlein oder am grünen tisch gemacht. rosa rief zum exodus aus parks, klappen und kneipen. die aktion muß also nach draußen, unter die leute. erst dann bekommt sie sinn für den schwulen, wie für die, die man gemeinhin gesellschaft nennt.
womit wir an einen sehr wichtigen punkt gekommen wären, nämlich den, daß wir schwule nicht die einzigen sind, die am eigenen leibe erfahren, was es heißt, nicht "normal" zu sein. der arbeiter, der sich für seine rechte einsetzt, die frau, die dem phallokratischen terror den kampf ansagt, der jugendliche, der sich von familie und schule nicht das rückgrat brechen lassen will, das sind nur einige beispiele.
woraus folgt, daß wir nicht auf einsamem posten stehen, sondern mit denen, deren erfahrungen gleich-e oder ähnliche sind wie unsere, zusammenarbeiten müssen, um das ziel zu erreichen, das allen diesen gruppen gemeinsam ist - eine veränderung der herrschenden, uns und andere durch zwänge unterdrückenden situation.
das mag alles sehr schönklingen, und dir werden auch eine ganze menge punkte eingefallen sein, die hier nicht zur sprache gekommen sind. vollständigkeit war auch nicht der sinn der sache. aber eigentlich müßte die lektüre grund genug sein, mal mit uns kontakt aufzunehmen, was gar nicht so schwer ist.
erstens gibt es unsere adresse: homo heidelbergensis, c/o jürgen runge, 6900 heidelberg, postfach 1433
zweitens treffen wir uns jeden montagabend um acht im Collegium Academicum (CA), seminarstrasse 2, raum 1.
Bislang sitzen da 6 bis 8 leute, die nichts dagegen haben, auch 9 bis 12 zu werden.




(I)



# WAS GESCHIEHT
# ETWAS NIMMT SO
## ZUM WIEDERAUFLEBEN DER EMANZ

Der Boom "antiautoritärer" Literatur auf dem linken Buchmarkt und das Auftauchen von Begriffen wie Emanzipation, Solidarität, Selbstveränderung, Spontaneität usw. in der politischen Diskussion signalisieren eine Veränderung in der Situation der Linken in der BRD, die auch im relativ provinziellen Heidelberg manifest wird. Sie zeigen an, daß die ML-Gruppierungen an den Hochschulen ihren Kulminationspunkt überschritten haben. Weil die Linke in Heidelberg der Offensive des Bundes keine Formen von praktischem Widerstand entgegensetzen konnte, setzt die Mehrheit der Studenten gegenwärtig auf das Hopoko, den heißen Draht zur SPD und auf ein neues Rendtorff-Rektorat, als Alternative zum Bund. Das NRF hat mit seinem Geschwätz von den allmächtigen kapitalistischen Verhältnissen, gegen die man halt nichts machen kann, weil "die Studenten und die Rentner die hilflosesten Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft sind" (KHZ), zur Schwäche der Heidelberger Linken wesentlich beigetragen, vor allem auch dadurch, daß es die wenigen Versuche, dem Bund tatsächlich Widerstand entgegen zu setzen, abwiegelte. Gegenüber dem erfundenen Volk, das hinter dem KBW steht, sich überall in der Offensive befindet, und die ohnmächtigen Studenten eines Tages vom kapitalistischen Joch befreien wird, scheint die SPD eine realere Perspektive zu bieten.

Während auf der Seite der "großen proletarischen Organisation" Unruhe und Unmut herrscht, Abspaltungen stattfinden, bildet sich parallel und schleichend so etwas wie eine neue "Fraktion", zu deren Vokabular eben solche Begriffe wie Emanzipation, Solidarität etc. gehören. Diese "Fraktion", zu der wir uns selbst in gewisser Hinsicht zählen, ist noch außerordentlich schwach und diffus. Sie setzt sich heterogen aus Gruppen zusammen, die zum Teil gerade aus dem NRF herausgepurzelt sind, Restgruppen der A-Fraktion, die sich, wie auch der SHB, heute stärker am Sozialistischen Büro in Offenbach orientieren, bishin zur sich wohl mehr anarchistisch verstehenden Gruppe "Schlagt drauf und helft euch selbst". Gemeinsam ist ihnen die Lektüre einiger Aufsätze (M. Vester, Solidarisierung als historischer Lernprozeß; W. Wagner, Universität und Bluff; Fluchtversuche etc.), eine unbestimmte Form von Anti-Leninis-

T ??

EINEN LAUF....

IPATIONSDEBATTE

mus, die an die Heidelberger A-Fraktion erinnert, ein minimaler Praxisansatz und Arbeitszusammenhang, der sich hauptsächlich über die Herausgabe des von Carlo Sponti redigierten Infos herstellt. Soweit ersichtlich verbindet diese Gruppen zusätzlich eine diffuse, nur in Ansätzen formulierte Auffassung von einer möglichen Revolution im Westen, die sich von derjenigen der ML-Gruppierungen wesentlich dadurch unterscheidet, daß sie erstens etwas mit der Realität des Spätkapitalismus in den Metropolen zu tun hat, zum anderen Kategorien wie Spontaneität, Subjektivität, Emanzipation einzuholen versucht. Das ist wohl das wichtigste, daß die Kategorie der Subjektivität, aus der allein heute ein neuer Ansatz revolutionären Denkens gegenüber einer völlig verwalteten Welt begründbar wäre, in die revolutionäre Theorie und politische Diskussion zurückgewonnen wird, im Rekurs auf die antiautoritäre Jugendbewegung der späten 6Oger Jahre, deren Erfahrungen von den ML-Gruppen rigoros verdrängt wurden. Daß die Formulierung eines solchen revolutionstheoretischen Ansatzes noch am Anfang steht, ist nicht der Fehler dieser Gruppen. Nur ist zu fragen, ob z.B. der von Negt in seinem Aufsatz "Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren" seicht formulierte Ansatz das Problem der Revolution im Westen auch nur minimal klärt, zumindest einige fundamentale Handlungsanweisungen gibt, oder, was für die Uni wichtig wäre, die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Revolte der Intellektuellen begründet. (Dieser Aufsatz ist wohl die programmatische Grundlage des Sozialistischen Papierbüros in Offenbach)

Ausgestattet mit einem höchst undifferenzierten und ungeklärten Bedürfnis-Begriff wird alles, was sich nur in irgend einer Form und nach irgendwelchen Interessen organisiert, als Keimzelle revolutionärer Politik bezeichnet, als Vermittlungsschritt zur Bildung von revolutionärem Bewußtsein - wie, das wird nicht gesagt. Negt und das Sozialistische Papierbüro lösen eher das Problem der Bürgerinitiativen (das sind doch wohl die autonomen Gruppen) und der Jusos als das der Revolution der Revolutionen (wir werden in einem folgenden ausführlicheren Beitrag versuchen, dies, und die Nähe solcher Positionen zum Reformismus aufzuzeigen).

Primär geht es jedoch darum, mögliche Ansätze einer linken Politik an der Hochschule zu erarbeiten, das Problem der Bürgerinitiativen ist für uns augenblicklich sekundär. Wir meinen, daß im Theorie-Praxis-Verhältnis, so wie ihr es versteht, einiges hinkt! Genossen, ihr könnt nicht angeben, welches die spezifischen Bedürfnisse von Studenten sind, die, durch die Logik der herrschenden Verhältnisse unterdrückt, würden sie zum Ausbruch kommen, das Fundament revolutionärer Politik, einer neuen Rebellion der Studenten bilden könnten. Das ist wohl auch der Grund, weshalb eure Position notwendig abstrakt bleibt, weshalb euer Praxis-Ansatz bisher mehr in der Klärung theoretischer Fragen lag. Das erklärt auch, warum ihr selbst gar nicht so etwas wie autonome Gruppen seid, Gruppen, die sich nach konkreten Interessen, Bedürfnissen in ihrem Arbeits- und Lebensbereich organisieren. Denn: Weder hat sich die GSJ (Gruppe Sozialistischer Juristen) aus dem Interesse zusammengeschlossen, gegen den Prüfungsterror zu kämpfen, noch kämpft die Schlagt drauf-Gruppe gegen das Studium bei den Historikern. Die Beispiele ließen sich ergänzen.

Ihr seid keine autonomen Gruppen, sondern abstrakte Verwalter eines "anderen" Revolutionsmodells. Die richtige Kritik am NRF, daß sich über Leninkurse und die regelmäßige Lektüre der Kommunistischen Volkszeitung kein revolutionäres Bewußtsein herstellt, fällt auf euch selbst zurück. An der Erfahrung der Studentenbewegung und vor allem des Pariser Mai 68, daß massenhafte Politisierung über praktische Lernprozesse, genauer: Kampferfahrungen, stattfindet, ist festzuhalten. Arbeitskreise über Vester und die "Fluchtversuche" erfüllen dies jedenfalls nicht. Die "Einheit der Revolutionäre" entsteht direkt in der Aktion und nicht über irgendwelche Theoreme, politische Linien, Plattformen und Parolen.

Ähnliches gilt für die Verwendung des Emanzipationsbegriffs, z.B. im Info des SHB (Vgl. auch D. Duhm: Revolution ohne Emanzipation ist Konterrevolution). Während Emanzipation in der Phase der Massenaktionen der Studentenbewegung ein Kampfbegriff war, der die Einheit von Kampf gegen ein überkommenes Herrschaftssystem und Selbstveränderung umfasste (außerdem immer in Verbindung mit dem Organisationsbegriff diskutiert wurde), droht er in der gegenwärtigen Situation zu einem Therapie-Begriff zu verkommen, der die Gruppenstrukturen von Organisationen meint, die gesellschaftlichen Verhältnisse oder die an der Uni schon wieder als verdinglichte begreift.

So scheint das Optimum linker Politik an der Hochschule für den SHB mit einer differenzierten Kritik der bürgerlichen Wissenschaft gegeben zu sein. Das ist es sicher nicht, die Studentenbewegung hat uns eines anderen belehrt!!

1-5-1

Als wir vor einiger Zeit mit Genossen vom "Revolutionären Kampf" (dies ist keine autonome Gruppe) in Frankfurt diskutierten und ihnen einiges über die miese Situation in Heidelberg erzählten, meinten sie: "Das ist genauso wie bei uns in Frankfurt vor 2 Jahren. Da war dieselbe Situation, die ML-Haufen hatten die Studenten aufgesogen. Dann gab es im Februar 72 einen Konfliktfall, wo unorganisierte Studenten, von den "Parteien" ignoriert, eine Prüfung verhindern wollten. Der Rektor holte die Polizei. In dieser Situation griffen wir ein und vermittelten den Studenten die Möglichkeit von praktischem Widerstand. Die Polizei erlitt eine Schlappe, die Prüfung wurde verhindert und die Uni besetzt."

Dies zeigt, daß die Ablösung der ML-Herrschaft an der Universität, sollen sich daraus radikale Folgen ergeben, in militanter Weise erfolgen muß. Zwar haben auch die Heidelberger Studenten das "proletarische" Geschwätz des hiesigen Parteiansatzes bis zum Erbrechen satt, zumal in der spezifisch legalistischen Variante des NRF vom "demokratischen Kampf". Aber wir haben den Genossen Lebert niemals schallend ausgelacht, wenn er "Für freie politische..." skandierte; wir haben den Hildebrandt beim öffentlichen-

Schwadronieren nicht entkleidet, den Fuechs nicht mit Parfüm übergossen. Wir ließen uns vielmehr von diesen Typen einreden, man müsse halt mit dem Bund Freiheit der Wissenschaft leben, man könne auch auf Polizeiterror nur propagandistisch reagieren. Murrend haben wir sogar die Zynismen des Parteisekretärs Schmierer geschluckt, demzufolge sich ein Kommunist nicht mit verfolgten Randgruppen, sondern nur mit den Volksmassen solidarisiert.
Die Heidelberger Linken haben die ihnen eingeredete "Ohnmacht der Intellektuellen" wesentlich stiller verinnerlicht als z.B. die Frankfurter Studenten. Jahrelang sind sie bescheuert hinter den Fahnen, Parolen des ZKs hergeschlappt. Statt die Bündler am Kragen zu packen, statt die Bullen anzugreifen (Fall Brückner), statt die Schienen zu blockieren (Straßenbahnaktion), haben sie sich durch die Demonstrationsrituale des NRF frustrieren lassen. Viele von ihnen haben sich in Studierstuben zurückgezogen, viele haben Hopoko gewählt, etwa gleichzeitig haben sich unabhängig voneinander verschiedene Emanzipations- oder "Sponti"-Gruppen gebildet.
Die Ablösung der NRF-Herrschaft erfolgt schleichend, einerseits hin zum Hopoko, andererseits hin zu den antidogmatischen Linksgruppen. Darüber kann auch das Faktum nicht hinwegtäuschen, daß es eben gerade das NRF war, das den Hopoko-Wolff in den Bauch schlug. Wenn die NRF-Führung, um den Asta zurückzuerobern, die Hopoko-Führung verprügelt, ist das nicht unbedingt eine linke Aktion, selbst wenn man dem Hopoko, das die Studenten entschieden auf den parlamentarischen Weg zurückbringen will, noch viel mehr Prügel gönnt. Es geht vielmehr darum, daß die Masse der Studenten in Aktionen gegen die hiesigen Bündler und gegen die kapitalistische Uni in all ihren Erscheinungsformen einbezogen wird (ein Vorgehen, das die sich selbst als die eigentliche leninistische Avantgarde verstehende SHS-Gruppe eben aufgrund ihrer Avantgarde-Haltung sich nicht mehr vorstellen kann). Der Subjektive Faktor, das Bedürfnis der vielen nach Emanzipation (nach dem Bruch mit der Scheiße dieser Gesellschaft), ist potentiell revolutionär.
Elemente der bürgerlichen Öffentlichkeit dringen in die Organisationsformen der linken Gegenöffentlichkeit ein, ohne dort zunächst als bürgerlich-destruktiv erkannt zu werden. Folge sind nicht nur die verdinglichten formalen Strukturen, die sich auf VVs, Teach-Ins längst wieder eingeschlichen und die relativ freie Diskussion der Studentenbewegung 1967 - 69 verdrängt haben, sondern auch die bürgerlich-liberalen beschränkten Inhalte und Ziele, um die sich mit taktisch-parlamentarischer Raffinesse Sozialdemokraten und angepaßte "Kommunisten" über die Köpfe der studentischen Massen hinweg raufen.
In dieser Situation, wo es eine Studentenbewegung und damit linke Öffentlichkeit entgegen den Behauptungen liberaler und dogmatischer Gruppierungen nicht mehr gibt, ist es für die radikale Linke unerlässlich, den verdinglichten Ablauf von Vollversammlungen, Demonstrationen etc. rücksichtslos zu durchbrechen, also sich störend, ja destruktiv außerhalb des scheinbaren Diskussions-

zusammenhang zu stellen, um den Studenten das Ausmaß dieses entpolitisierten Demokratie-Theaters überhaupt erst erkennbar zu machen; d.h., die Bedingungen einer linken Diskussion müssen erst wieder hergestellt werden; das heißt aber nicht, daß sich die Spontis generell abweisend gegenüber der gegenwärtigen VV-Struktur verhalten sollen. Vielmehr müssen sie fähig sein, sobald sich eine Möglichkeit zu linker Argumentation bzw. Aktion anbietet, diese auch wahrzunehmen bzw. aktiv zu unterstützen; sie müssen also fähig sein, ihr bloß destruktives Verhalten augenblicklich zu korrigieren, um nicht am Ende davon in einen "politiklosen Zustand glücklichen Lallens" (SHS-Flugblatt) sich zu verlieren.

Es besteht freilich der begründete Verdacht, daß die Schrumpfschwänze vom SHS nicht fähig sind, zwischen "politiklosen Lallen" und gesellschaftlicher Sensibilität bzw. zwischen Sadismus und befreiender Sinnlichkeit irgendeinen Unterschied zu erkennen (letzteres wäre anhand der Comics im "Roten Diwan" leicht zu belegen).
Die Chance der Heidelberger Sponti-Ansätze besteht in einer kämpferischen Auslegung des Emanzipationsbegriffs; daraus würde tatsächlicher Kampf gegen die Bündler und die Uni folgen, nicht um die Studenten zu verorganisieren, sondern um ihnen kämpferische Erfahrungen zu vermitteln, die überhaupt erst eine alternative Theoriebildung, nicht-dogmatische Reflexion ermöglichen. Die "neuerwachte" Militanz der Studenten hätte sich nicht nur gegen die Bündler, sondern auch gegen die sozialdemokratischen (Hopoko) und stalinisierenden (MSB, NRF) Abwiegler zu richten.

"Nicht der Bau der Barrikade und ihre Verteidigung sind exemplarisch, sondern diese Art von kollektiver Aktion, in der jeder arbeitete und ungewöhnlich viel Phantasie entwickelte, die sehr viel wichtiger ist als die tatsächliche Haltbarkeit der Barrikade bei der Verteidigung." (Bewegung des 22. März; Paris 68)

Laßt euch nicht unterdrücken, die Provokation

ist alltäglich !!!!

Germanisten-Spontis

"und daß wir begabt sind
und daß wir die wahl haben
zwischen nichts und wieder nichts
und daß wir dieses problem gründlich analysieren müssen
und daß wir zwei stück zucker in den tee tun
das wissen wir schon." (h.m.enzensberger)

# Der große Bluff

Zu Beginn des W.S.73/74 sind wir, d.h. circa 10 Leute, aus der IG-Germanistik ausgetreten. Es geht hier aber nicht um eine offizielle Rücktrittserklärung, in der von einer festen politischen Position die Politik der IG/KHG kritisiert wird, sondern eher um eine subjektive Einschätzung von entfremdeter pol. Arbeit, wie sie vielleicht auch in anderen Gruppen auftaucht.

ÜBER DIE ARBEIT IN DER IG: Warum dieser Artikel?

In die IG waren wir mit relativ unterschiedlicher Motivation gerutscht. Im allgemeinen erwartete man sich von der organisierten Hochschulpolitik ein Heraustreten aus der Vereinzelung und einen allmählichen politischen Lernprozess. Solche Erwartungen mußten meist sehr schnell zurückgesteckt werden, ohne daß man wirklich begriff, warum. Erst nach relativ vielen konkreten Erfahrungen wurden uns die Probleme, die wir für den Grund unserer persönlichen und allgemein scheinbar nicht vermeidbaren Frustration hielten, als politische bewußt. Wie konnte es dazu kommen, daß die undurchschaute Feindseligkeit, der Leistungsterror und das Konkurrenzdenken der bürgerlichen Gesellschaft sich in der politischen Gruppe reproduzierten, daß sich immer eine Trennung zwischen Politmatadoren und "Wasserträgern" vollzog und schließlich, daß man eine oft selbst nicht durchschaute Politik nach außen, d.h. gegen die Anforderungen der anderen Gruppen und gegenüber den nichtorganisierten Studenten vertreten mußte? Wieso mußte man bluffen, statt wirklich Verstandenes weiterzuvermitteln?

Obwohl nun also unser Bild von politischer Selbstverwirklichung in der IG nur als Karrikatur wahrnehmbar war, obwohl sich faktisch das (nicht nur von den reinen IG-Mitgliedern) oft undurchschaute Interesse unseres hiesigen leninistischen Parteiansatzes (an der Hoschschule -KHG) meist durchsetzte, war eine starke Bindung, ein relativ starkes Zugehörigkeitsgefühl zur ID vorhanden. Man merkte nach einiger Zeit zwar, daß die Fäden doch irgendwo anders zusammenliefen, daß die konkreten Bedürfnisse und Schwierigkeiten oft nicht diskussionswürdig waren (noch dazu "objektiv": Wir durften ja nicht zu einem bloßen "Debattierklub" verkommen). Aber aller Unmut hatte, wenn er sich bei konkreten Fragen äußerte, schon gegenüber der einfachen Realität einer theoretisch relativ weitgewachsenen Parteiaufbauorganisation den Nachteil, nicht so schnell weiter durchdachte Verallgemeinerungen vorlegen zu können; dazu kam der Kontinuitätszwang der täglichen Politik.

Das läßt sich bis ins vorletzte Semester hinein verfolgen: Irgendwo in der KHG-Spitze wurde eine Unterschriftenaktion für gut befunden. Dabei sollte von den liberalen Assistenten und Professoren verlangt werden, sich per Unterschrift gegen eventuellen Druck von der Staatsseite festzulegen, nicht bloß liberal zu sein -was ja immer aufgrund der wirklichen, materiellen Lage (Abhängigkeiten zu einer von Fall zu Fall schwankenden Haltung führen muß- sondern als Demokraten sich als Teil der insgesamt nicht von ihnen vertretenen linken Politik zu verstehen. Sie sollten sich verpflichten, auch unter Druck nicht nach links zu schlagen. Es war damals für unsere Ideal-"Demokraten" ein leichtes, auf die Allgemeinheit der Forderung hinzuweisen und von "Blankoscheck" zu reden Die Deppen warenwir, d.h. das IG-Fußvolk; eine Entscheidung, die als vorher schon festgelegte in der IG unter Fraktionszwang nur noch durchgesetzt wird, kann uns zeitlich und in ihrem politischen Zusammenhang gar nicht so schnell klar werden wie der übergeordneten KHG. Wir waren frustriert, obwohl wir hinterher noch den Trost hören konnten: Ja, da sieht man's wieder, die Liberalen können sich nicht festlegen. Dies wußten wir ja schon- die Liberalen sind halt liberal- aber auch unsere Unzufriedenheit die vorher in langen Beiträgen abgeblockt wurde, kam nach dem Mißerfolg der Aktion noch als ansatzweise Selbstkritik von oben, -wenn das keine entfremdete pol. Praxis ist!

Ähnlich lief es trotz der üblichen guten Vorsätze auch im letzten Semester; so auch bei dem "landesweiten" Streik. Nachdem schon nach einem mißlungenen "Warnstreik" klar war, daß den Studenten allgemein der Streik als Widerstandsform nicht einleutend erschien, solange nicht erkennbar war, was den inhaltlich gemacht werden sollte - Streik als reine Ausbildungsverweigerung ist ja kein Druckmittel und der Weise auch ideotisch- waren wir gegen eine Neuauflage derselben Protestform zum damaligen Zeitpunkt Der dann doch durchgeführte Streik war auch wohl in jeder Beziehung ein geistiger Hungerstreik. Auch die geringe Beteiligung hielt damals nicht davon ab, die Sache durchzuziehen, (landesweite!) politische Klarheit vorzutäuschen, obwohl keiner, ernsthaft an diesen Bluff glaubte.

Gestunken hat's uns dann auch bei dem Polizeiüberfall in der Sandgasse, als die KHG sich aus dem anschließenden spontanen

Protest heraushielt, mit der Begründung, daß sich wegen solcherart Unterdrückung kein "Volk" rege, daß es keinen Arbeiter jucke, wenn die Studenten schon wieder protestierten. Daß man sich überhaupt nur seine Rechte auch als Nicht-Arbeiter halten kann, wenn man sich gegen die Übergriffe der Staatsgewalt wehrt, wurde hinter die grundsätzlichen Interessen eines "homo proletaricus" gestellt. Die Liste unsrer Kritik ließe sich von der Statutenfrage bis hin zur Frage des "KPD"-Verbots noch fortsetzen. Was sich jedoch schon bei Abstimmungen in der IG klar zeigte, war unsre faktische Ohnmacht gegenüber einer schon festgelegten Politik. Rein von den unmittelbaren Erfahrungen her müßten wir eigentlich den "demokratischen Zentralismus" neben Grimms Märchen einreihen.

Trotz allem hielt sich dann bei vielen von uns die etwas romantische Vorstellung: Lieber alles versuchen, bis zuletzt - also so ein verschwommenes Heldentum. Davon abgesehen kostete es allerhand psychische Anstrengung, den Sicherheitsfaktor, der mit der Frage der IG-Mitgliedschaft verbunden war, als falschen Zusammenhalt zu durchschauen und vorerst zum "umherschweifenden Rebellen"(Schmierer) zu werden. Die Unzufriedenheit mit der der Vorspiegelung politischer Positionen nach außen, der pol. Bluff, ebenso wie die Vernachlässigung der wissenschaftlichen Arbeit, und die daher ebenso unausgewiesene wissenschaftliche Kritik schienen uns aber nicht mehr erträglich. Das war so ungefähr unsere damalige Situation.

## BLUFF UND POLITIK AN DER UNI

In dieser Situation wollten wir uns erst mal selbst einen Begriff von der Notwendigkeit politischer Arbeit an der Uni machen, und da bot sich unter anderem an, anhand eines Artikels von Wolf Wagner über das "Bluffen" an der Uni (Probleme des Klassenkampfs Nr.7) die unmittelbaren Verhaltensweisen der Studenten, so wie sie durch den bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb und die Politik einiger Studentengruppen (mit) geprägt werden, pol. zu interpretieren. Da dieser Artikel ja nun auch für Anfangssemester einigermaßen verständlich sein soll - die sehr wohl ein Interesse an der politischen Auseinandersetzung haben und oft sehr schnell in einer ähnlichen Situation wie wir stehen - erweist sich die Entscheidung, unsere politischen Fragen nicht von der Imperialismustheorie oder der "realen Bewegung des Kapitals" her aufzurollen, auch nachträglich als richtig. Es soll hier, an den unmittelbaren Erfahrungen der Studenten anknüpfend, eine Motivation für die Auseinandersetzung mit der hiesigen pol. Situation geschaffen oder bestärkt werden.

## UNIVERSITÄT UND GESELLSCHAFT

Zunächst einige Thesen zur gesellschaftlichen Bestimmtheit der Uni, die zwar in der Kürze etwas apodiktisch und unvermittelt klingen, die aber auch der weiteren Argumentation notwendigerweise implizit sind. Genaueres kann man bei Wolf Wagner nachlesen.

An der Uni werden Arbeitskräfte mit völlig heterogenen Berufszielen ausgebildet. Für die Zeit der Qualifikation werden sie von anderen gesellschaftlichen Arbeiten freigestellt und solange durch das Produkt der Arbeit anderer (letztlich der Arbeiterklasse) mitversorgt.

Für die Wissenschaftler und Ausbilder gilt, daß sie nur so an den Zaster kommen können, daß sie ihr Produkt, egal ob es Ware ist oder nicht, wie eine Ware tauschen, um sich die Mittel für die eigene Reproduktion, für ein Leben entsprechend ihrem jeweilig durchschnittlichen Lebensstandart zu besorgen. D.h. daß sie sich auf verschiedene Weise der Nachfrage, die bei uns sich relativ chaotisch darstellt (Buchmarkt, anwendungsbezogenes Fachwissen Ausgebildetenbedarf etc.), gezwungenermaßen anpassen. Dies deshalb, weil es keine bewußte gesellschaftliche Planung, kein wirklich gemeinsames Interesse aller, an dem sie sich orientieren könnten, als Basis in einer kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft gibt. Wissenschaftliche Erkenntnisse können im Kapitalismus gesellschaftlich produktiv nur vom Kapitalisten und seinem Staat angewandt werden - das ist wohl logisch, wenn die über die Produktionsmittel verfügen.

Ein Kapitalist ist aber finanziell nur dann interessiert, wenn die neugefundene Problemlösung geheim ist, damit er gegenüber seinen konkurrierenden Klassen-Freunden (in dem Fall: -Feinden) einen Extraprofit mit seinem Nutzungsrecht an dem Mehr-Wissen machen kann, - solange bis die andern auch auf den Dreh gekommen sind oder aber sich noch günstigeres Wissen gekauft haben. Wäre die Problemlösung allgemein zugänglich, würde sie ein Kapitalist genauso wenig zahlen wie die Atemluft.

Durch die Geheimhaltung gewisser Erkenntnisse (und Fertigkeiten) wird aber der wissenschaftliche Informationsfluß und damit die Entwicklung der Wissenschaft selber gehemmt. Bei einer völligen Monopolisierung des Wissens (was die meisten Einzelkapitalien gar nicht bezahlen könnten) würde diese Tendenz so ausufern, daß sie sogar dem Verwertungsinteresse der Einzelkapitalien entgegenwirkte. Aus diesem Grund und weil die wissenschaftliche Entwicklung sowieso nicht kalkulierbar ist in ihrer Effizienz für das Einzelkapital (wer weiß heute schon, mit welcher Qualifikation und in welcher Anzahl Wissenschaftler nach 1980 tatsächlich gebraucht werden), fällt im wesentlichen dem Staat die Aufgabe zu, die Wissensfabriken zu unterhalten. Der Staat verhält sich also als "ideeller Gesamtkapitalist", indem er die allgemeinen Bedingungen für den Bestand und die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft herstellt. Er trägt zum einen materiell Wissenschaft und Forschung und sichert zum anderen viele der wissenschaftlichen Ergebnisse durch Urheber- und Patentrecht ab.

Bei ihrer Arbeit brauchen die Fachleute an der Uni eine gewisse Autonomie, um ihr Innovationspotential noch relativ frei entfalten zu können; der Staat greift hauptsächlich durch Personalpolitik und finanzielle Forschungsförderung ein. (Den "ideologischen" Fächern wie Germanistik, Geschichte, Politologie etc. geht allerdings auch mehr und mehr die relative inhaltlich-fachliche Autonomie ab.

nicht aufgeben → weiterlesen →

Das ist zu erklären aus ihrer zunehmenden kapitalistischen Vergesellschaftung - "Ökonomisierung" sagen die hiesigen Trotzkisten recht treffend zu den Ursachen und den Zusammenhängen der augenblicklichen Reform).
Die Ware 'Arbeitskraft', deren Wert im Ausbildungsprozeß durch die Dozenten erhöht wird, indem ihr rezeptartige Handlungsanweisungen eingebleut werden (was heutzutage Methodenwissen heißt) verkaufen jedoch nicht die Dozenten, sondern die ausgebildeten Lohnarbeiter selbst.
Die Wissenschaftler sind als Ausbilder also eigentlich keine ökonomischen Kleinbürger, keine kleinen Warenproduzenten (wie etwa ein Bauer oder ein freipraktizierender Arzt, der seine Dienstleistung verkauft); sie verkaufen vielmehr eine konkrete Dienstleistung an den Staat.
Ökonomisch kann man von Kleinbürgern bei den technischen Fächern nur bei Verwertung (Verkauf) patent- und urheberrechtlich gesicherten Wissens, bei den nichttechnischen Fächern beim Verkauf der Druckrechte ( nicht aber bei Wiederverwendung der Problemlösung selbst) reden.
Von M.Steffen und K.Funken wurde im Kursbuch 25 versucht aufzuzeigen, wieso sich die Wissenschaftler in ihren Forschungsbereichen dennoch oft wie Kleinbürger verhalten. Im"Gedankentausch" wird das Wissen zwar nicht zur Ware, weil kein echter Tauschakt stattfindet, dennoch verhalten sich die scheinbar autonomen Wissensproduzenten meist strukturell analog zu kleinen Warenproduzenten. Sie bieten ihr Wissen auf dem intellektuellen "Markt" je nach Nachfrage feil, im Verhalten dem ähnlich, der eine Ware wohlverpackt feilbietet und dabei gegen andere Produzenten konkurriert. - Es interessiert in erster Linie, die Sache an den Mann zu bringen, also nicht der wirkliche Gebrauchswert, sondern so etwas wie der "Tauschwert" der Information. Die illusionäre intellektuelle Autonomie erfüllt dabei ihren Zweck in der Abgrenzung der verschiedenen Wissens-(oder Unsinns-) Produzenten voneinander, was wichtig wird für den Platz in der Prestigehierarchie und natürlich für die Höhe des Einkommens. Aber auch der Inhalt, also der "Gebrauchswert" für den Käufer, wird nicht gerade der bürgerlichen Ideologie widersprechen, wenn er sich einer durch die bürgerlichen Gesellschaft geprägten Nachfrage bloß anpaßt.

## DIE PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT UND DIE POLITIK

"Bestimmt man den vorgängigen Erwartungshorizont eines Textes mit W.D.Stempel als paradigmatische Isotopie die sich in dem Maße, wie die Aussage anwächst, in einen immanenten, syntagmatischen Erwartungshorizont umsetzt, so wird der Rezeptionsprozess in der Expansion seines semiologischen Systems beschreibbar, die sich zwischen Systementfaltung und Systemkorrektur vollzieht."(H.R.Jauss, Lit.geschichte als Provokation; ed.suhrk.S.175)

"Na sowas!!?" würde da der berühmte Mann auf der Straße sagen; nicht aber ein ausgewachsener Germanist! Jedoch bleibt die Frage: "Warum machen die sowas??" Auch ohne daß dies jetzt aus der Trennung von Kopf- und Handarbeit historisch exakt abgeleitet wird, kann jeder leicht und schnell einsehen, daß ein Fach wie Germanistik sich wie ein eingeschlechtiges Wesen verhält: Es befruchtet sich permanent selbst.
Dabei steht der jeweilige Wissenschaftler auf Grund der Konkurrenzsituation zu seinen Kollegen unter dem Zwang, die eigene Qualifikation durch neue, möglichst epochemachende Problemlösungen unter Beweis zu stellen. Er muß seine Originalität beweisen, die er durch Veröffentlichungen einzulösen hat. (Die "Provokation" von H.R.Jauss war wohl in erster Linie an seine Kollegen gerichtet, die natürlich insofern tatsächlich provoziert wurden, als sie jetzt eine neue Stufe der Kompliziertheit - und Verwirrtheit - zu überbieten haben!)
Dieser inzüchtige Originalitätsdruck wirkt natürlich isolierend und richtet sich selbst gegen die für die inhaltliche Arbeit wichtige Kommunikation und Diskussion; er verstärkt die "Tauschwertseite" des Wissens und schafft ein Klima der Unversöhnlichkeit und Anonymität an der Hochschule.
In dieses Klima wird nun der aus dem Zusammenhang des Schulklassenverbandes gerissene Anfänger gestellt. Man kennt keinen, keiner weiß richtig bescheid, niemand ist wirklich zuständig, keiner hat den Überblick darüber, was die verschiedenen Stellen verlangen.Die aus der Schulzeit herübergerettete, schon

eingeübte Verhaltensweise, Wissen zur Begutachtung und zur Benotung vorzulegen, setzt sich an der Uni fort. Die Dominanz der "Tauschwertseite" von Wissen zeigt sich den Studenten ziemlich schnell, und der damit verbundene psychologische Krieg der intellektuellen Kleinbürger hat auch die Neulinge bald einbezogen.

Natürlich gibt es bei dieser "Tauschwertseite", im Unterschied zur ökonomischen, kein allgemeingültiges objektives Maß der Wertgröße (wie bei der "Ware"), vielmehr wird dieses Maß subjektiv in den Prüfungen durch den Prüfer gesetzt. Das, was an Wissen erwartet wird, ist vorher nie voll bekannt, woraus sich die Notwendigkeit und der Zwang ergibt, möglichst viel Wissen anzuhäufn. Letztlich dominiert dann meistens bei Prüfer und Geprüftem die Irrationalität, alldieweil Prüfungen in der Hauptsache den Zweck von Etiketten erfüllen; wo gibt es keinen Etikettenschwindel, wenn einem der Inhalt selber relativ gleichgültig bleibt? Statt wissenschaftlicher Qualifikation in einem so wieso meist zufällig eingegrenzten Spezialgebiet, wird tendenziell bloss<u>er wissenschaftlicher Habitus</u> geprüft und somit auch gezüchtet. Man muß dem Prüfenden auf 'wissenschaftliche' Weise hochkriechen.

Die Irrationalität löst sich dann ein wenig auf,

wenn man berücksichtigt, daß der Prüfer in Wirklichkeit die bürgerliche Durchschnittserwartung repräsentiert, denn er ist selber nur dadurch an seinen Platz gekommen, daß er gewisse Forderungen und Prüfungen erfüllt hat. In der Gleichgültigkeit gegenüber dem Stoff lernt man letztlich genau das, was einem durch diesen Wissenschaftler untergebuttert werden soll.

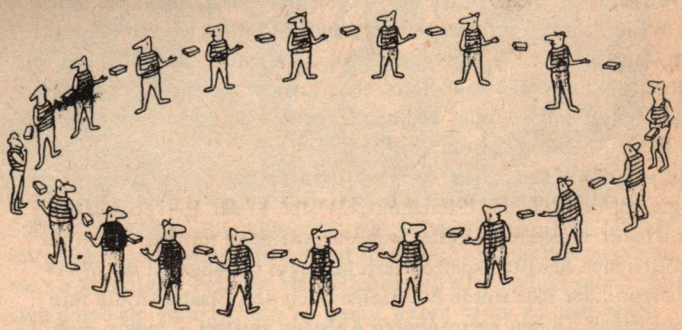
Die Forderungen der kapitalistischen Gesellschaft setzen sich gerade auch an der phil. Fak. durch: Während jedoch bei den technischen Wissenschaften der konkret-stoffliche Gegenstand als der eigentliche Stoff erscheint, mit dem man umgeht, und sich die Anforderungen des Verwertungsprozesses als Rentabilitätsanforderungen zu diesem Stoff äußerlich zu verhalten scheinen, scheinen sich die philologischen und philosophischen Wissenschaften unbeeinflußt von der kapitalistischen Form der Gesellschaft mit einem beliebig formbaren Stoff zu beschäftigen, nämlich mit Inhalt und Form menschlicher Reflexion.

Zum einen sind ihre Reflexionen jedoch schon in ihren Denkformen durch die Entwicklung der warenproduzierenden Gesellschaft geprägt (kein Wissenschaftler kann seine Kategorien aus einem ideologischen Niemandsland als "rein wissenschaftliche" herholen), zum anderen erliegen sie in ihrem Inhalt denselben Mystifikationen, z.B. die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (etwa der Fetischisierung <u>gesellschaftlicher</u> Verhältnisse in Beziehungen zwischen Dingen) eben nur in noch vermittelterer Form - etwa die Vorstellung vom moralischen Individuum. Letztlich haben sie ja auch objektiv die Funktion, die bürgerliche Gesellschaft als besondere Form der gesellschaftlichen Reproduktion ideologisch zu sichern; es werden hier die Multiplikatoren bürgerlicher Ideologie selbst ausgebildet.

Dies ist zumindest der allgemeine Anspruch, der notfalls auch durch Sanktionen durchgesetzt wird.

DER ZWANG ZUM BLUFFEN

Das Vorgaukeln von umfassender Systematik und Totalität von Seiten der Dozenten stößt den Studenten ständig auf noch zu Erarbeitendes, von dem er weder weiß, ob es für ihn brauchbar ist, noch ob er es allmählich zusammenhängend erkennen wird. Der oben im Zusammenhang mit den Prüfungen beschriebene wissenschaftliche Habitus bestimmt die soziale Kommunikation im universitären Bereich. Das Sozialprestige - und bei denjenigen, die keine sonstigen Bewährungsfelder haben, auch noch das Selbstwertgefühl - hängt ab vom Umfang und der Weise der Präsentation des jeweils sozial als relevant erachteten Wissens. Man könnte demnach die universitäre Intelligenz, genauso wie sie mit Kleinbürgern in Analogie gesetzt wird, auch mit Schatzbildnern oder noch besser mit Kleinbauern vergleichen: je größer der Misthaufen vor dem Haus, desto größer das Ansehen im Dorf.
Während der Misthaufen jedoch real vorhanden sein und seine Quelle haben muß, kann beim Wissen - jedenfalls was die "Tauschwertseite" anbetrifft - der gleiche Effekt erzielt werden, auch wenn es bloß vorgetäuscht wird. Oft entsteht dadurch eine Unsicherheit, ob der andere nicht tatsächlich Bescheid weiß, wenn er ein aufgeschnapptes Hegelzitat weitergibt, oder ob das bloß ein "Aufreißer" war, ob er evtl. den eigenen Bluff durchschauen und so die eigene Kreditwürdigkeit zerstören kann. Das erzeugt neben der allgemeinen Konkurrenzsituation, die sich allein aus der Hierarchie des Wissens ergibt, noch die ständige Angst vor dem Durchschautwerden. Diese Angst verschwindet erst, wenn klar ist, daß der andere zu wenig weiß, um gefährlich zu werden. Der Alpdruck der unerfüllbaren Wissensanforderungen überlagert normalerweise die allgemeine Kommunikation. Gespräche beginnen meistens mit ganz vorsichtigem, ritualisiertem Abtasten und veranlassen die Rivalen schon beim ersten bedenklichen Augenbrauenzucken dazu, sich in unkompromittierende Unverbindlichkeit zu retten; sie werden taktisch geführt. Die dabei gebräuchliche Angstabwehrfassade erhält durch ihre allgemeine Anerkennung natürlich erst recht die Angst, weil der Betreffende nie die Erfahrung machen kann, daß er auch mit seinen Fehlern und ohne sein Imponiergehabe von den anderen akzeptiert wird. Diese Zwänge zeigen sich sowohl bei der persönlichen als auch bei der politischen als auch bei der 'wissenschaftlichen' Kommunikation, was sich bis in die Fußnoten von Referaten und Artikeln durchsetzt. Sie reproduzieren sich bei den Beteiligten, wenn der Kreislauf



nicht irgendwie durchbrochen wird, normalerweise selber. Speziell an der Phil. Fak. wird der Bluff durch das meist unspezifischere, weniger kalkulierte Ausbildungs- und Herrschaftsinteresse und die anfangs mehr an fremden Beurteilungenfestgemachte Motivation verstärkt. Die bei den Naturwissenschaftlern mehr auf die berufliche Ebene fixierte Konkurrenz macht sich hier eher auf der fachlichen Ebene fest (die sowieso nicht so genau zu umreißen ist) und wirkt sich damit stärker auf die Gesamtkommunikation aus (vgl. W.Wagner, S.65f.). Die Geisteswissenschaftler sind einerseits in dieser Hinsicht stärkerem psychischen Druck ausgesetzt, sie haben jedoch auch, wenn sie diesen durchbre-

chen eher die Möglichkeit, ihre Lage weitergehend zu analysieren und zu verstehen, was schon durch die Nähe der fachspezifischen Probleme bedingt ist.

## DER DURCHBRUCH IN DER STUDENTENBEWEGUNG

Bezeichnenderweise hatte die Studentenbewegung ihre Basis in den Geisteswissenschaften, also einem Erfahrungsbereich, in dem wohl die bürgerliche Liberalität dem Individuum durch die Illusion vermittelt blieb, sich im Medium der reinen Wissenschaft zu bewegen - wobei sich die inneruniversitären Verkehrsformen in Analogie zur einfachen Warenproduktion gestalteteten. Allmählich waren jedoch, von den Naturwissenschaften ausgehend, empirisch-analytische Verfahrensweisen eingedrungen, und durch die zunehmende positivistische Zerfaserung in spezialisierte Einzelwissenschaften wurde aus dem Ideal des "Bundes freier Geister" (Fichte - der Autor ist bei Fichte nicht bewandert, es handelt sich hier um eine "Findling") die offensichtliche Notwendigkeit der wuchernden spezialisierten Autoritätsbildung.

Das nach dem Faschismus gezwungenermaßen restaurierte humboldtsche Universitätsideal (man mußte nach den Erfahrungen der totalen Manipulation zeigen, daß man sowas auf alle Fälle für die Zukunft verhindern will und die Universität als "Freiraum" aus der Politik heraushält; deshalb das Ideal der "Freien Wissenschaft") offenbarte sich mehr und mehr als ein Provisorium, dem heute die entsprechende ökonomische Basis fehlt. (Das Bürgertum hatte ja seinen heroischen Kampf gegen den feudalen Staat schon lange vorher abgeschlossen und brauchte damit sowieso keine liberalen "Inseln" mehr).
Die aus dem "freien Warenmarkt", dem Tausch hergeleitete Ideologie der Freiheit und Gleichheit, die sich in der Universitätsenklave wieder eingenistet hatte, wurde zunehmend mit der ökonomisch-politischen Realität konfrontiert. Mit dem Glauben an das Wirtschaftswunder der BRD wurde bei vielen auch der Glaube an die freie Konkurrenz, an den permanenten Aufstieg zerstört. - Indem man den nach dem Krieg wiedergewonnenen emphatischen frühbürgerlichen Vernunftbegriff zur bloß noch instrumentellen Vernunft degradierte, erzeugte man zwangsläufig einen Identitätsbruch bei der geisteswissenschaftlichen Intelligenz.
"Die trauernde Erinnerung an die emanzipatorischen Gehalte des revolutionären Bürgertums und gerechten Tauschverkehr, ein zentrales Bildungsmoment der studentischen Protestbewegung, hat gerade unter den geisteswissenschaftlichen Intellektuellen repressive Angst vor der technologischen Enteignug vom intelligiblen Besitz an bürgerlicher Kultur hervorgebracht. Die technische Intelligenz wird mit Bewußtseinsformen völliger Geschichtslosigkeit ausgestattet, die Kulturwissenschaftliche Intelligenz trauert um den Verlust ihres fiktiven Eigentums an bürgerlicher Kultur, um deren unwiderruflichen Verfall sie weiß und den sie doch insgeheim nicht wahrhaben will. Enteignungsangst und Geschichtslosigkeit sind Kennzeichen des kleinbürgerlichen Bewußtseins." (Krahl, Konstitution und Klassenkampf -S. 341)
Durch die Rezession von 1966/67 und die 1969 folgenden Septemberstreiks, durch die große Koalition, die das parlamentarische Selbstverständnis der frei konkurierenden pol. Parteien ankratzte, durch die Befreiungsbewegungen in der "3. Welt" wurde dem liberalen Selbstverständnis auch gesamtgesellschaftl ich die Legitimation zunehmend entzogen.
Dagegn wurde anfangs von der Protestbewegung der Versuch unternommen, die emanzipatorischen Versprechen des frühen Bürgertums radikal gesamtgesellschaftlich einzuklagen. Der geistige und organisatorische Zusammenhang stellte sich wesentlich über antiautoritäre, anti-institutionelle Aktionen her, durch die man sowohl aufklärerisch die Gesamtgesellschaft, als auch sich selbst verändern wollte.
Zu einer Massenbewegung entwickelte sich die Studentenbewegung erst dadurch, daß sie antiautoritär auftrat: Damit waren die individuellen Mängel und Fehler - wie mangelndes Wissen, Orgasmusschwierigkeiten, Sprechhemmung, das Liebesbedürfnis und das Leiden unter der Einsamkeit usw. nicht mehr bloß private Schwierigkeiten, die man möglichst verbergen und überspielen mußte, wollte man Anerkennung finden, sondern diese Schwierigkeiten wurden als gesellschaftlich produzierte Fehlhaltungen erkannt.
Die psychischen Energien, die in dem Kampf gegen das rein individuelle Leiden ins Leere gingen, wurden pol. produktiv gemacht im Kampf gegen das System.
Damit war der Konkurrenzdruck zwar nicht abgeschaft, aber doch erheblich reduziert, und damit auch der Bluff mit seinen isolierenden Folgen nicht mehr so notwendig. (Natürlich gab es damals auch autoritäre Charaktere, die mit der Attitude des Antiautoritären sich manchmal bloß aufspielten). -

## DIE NICHT UNBEDINGT NOTWENDIGE REGRESSION

Die Radikalität des Demokratischen in dieser Bewegung ist ein Produkt dieser Westdeutschen Idealisierung der Demokratie, wie sie nach 1945 entstanden war. Nur so ist etwa zu verstehen, daß sich die Studentenbewegung mit einer Vehemenz gegen die Notstandsgesetze erklären konnte, die unverständlich ist, wenn man nur den Normalzustand anderer kapitalistischer Gesellschaften zugrundelegt, die (England/USA) weit selbstverständlicher solche Notstandsbefugnisse kennen, wie sie die deutschen Notstandsgesetze

zulassen."(Links, Juli/August 73, S11). Diese Radikalität spiegelte sich auch in der Einschätzung der kollektiven Selbstveränderung wieder.

Als sich jedoch zeigte, daß sich der ursprünglich liberale Emanzipationsanspruch, der die reine Liberalität immer schon transzendierte) gesamtgesellschaftlich nicht einklagen ließ, wurde die marxistische Theorie zur Klärung der eigenen Situation stärker in den Mittelpunkt gerückt. Damit wurde aber (mit dem Aufgeben der Selbstveränderung) wieder der Theoretische Wissensanspruch fataler als je zuvor - was sich gerade den politisierten Erstsemestern zeigt - denn mit dieser Theorie sollte die bürgerliche Gesellschaft in ihrer konkreten Totalität samt ihrer Interpretation durch die bürgerliche Wissenschaft begriffen werden. Das war aber noch nicht genug: Erst die revolutionäre Praxis gibt der Theorie ihren Stellenwert und diese Praxis kann nur in enger organisatorischer Verbindung mit dem Proletariat wieder umfassend revolutionäre Praxis sein. "Fatal" wurde dies deshalb, weil oft nicht mehr gesehen wurde, daß man mehr wollte, als die bürgerliche Organisation des Lebens formal und abstrakt zu negieren.

"Die Entfaltung dieser Emanzipatorischen Dimensionen hielt sich jedoch nur solange durch, wie das Zusammenfallen der Veränderung der Umstände mit der Selbstveränderung noch in gewisser Weise stattfand. Diese Elemente drängten auf eine neue Identität, die nur im proletarischen Lebenszusammenhang, in einer revolutionären Arbeiterbewegung, die Studenten und Arbeiter vereint, hätte erhalten und weitergebildet werden können. Als der Entmystifizierungsprozess der Realität die reale Ohnmacht der nur studentischen Bewegung aufzeigte - die geschlossenen Fabriktore am Tag der Verabschiedung der Notstandsgesetze machten dies eindringlich deutlich - das Einmünden des studentischen Protests in eine revolutionäre Arbeiterbewegung ausblieb, setzte ein Prozess ein, in der die in Aktionen notdürftig vereinten Elemente gänzlich auseinanderfielen. Die vielbeschriebene Wende zum Proletariat, wie verdinglicht auch immer vollzogen kann nicht ausschließlich als Regression bezeichnet werden, sondern markiert auch einen notwendigen hist. Lernprozess."(Eisenberg/Thiel, "Fluchtversuche", S.42)

Von der Notwendigkeit, über Universität, Schule etc. hinauszugehen, konnte konsequenterweise nicht mehr abgesehen werden. Nach Negt/Kluge (Öffentlichkeit u. Erfahrung, S.159/60) gab es bisher keine Lebensformen und Erfahrungen, "die es erlauben, einen Bewußtseinsstustand auch dann aufrecht zu erhalten, wenn der Bruch zwischen diesem Bewußtsein und der realen Praxis physisch und psychisch unerträglich geworden ist." Wäre man also bei der nur antiautoritären Widerstandsform stehengeblieben, ohne die dazugewonnenen Verallgemeinerungen irgendwie miteinzubeziehen, so hätte man sich entweder in die Tasche lügen oder seinen Intellekt in die Besenkammer stellen müssen.

Daß Selbstveränderung, ohne die Einbeziehung der realen histor. Notwendigkeiten, d.h. ohne theoretische Bestimmung der Gesamtgesellschaftlichen Lage nicht möglich ist, hat sich bei vielen subkulturellen Gruppen gezeigt.

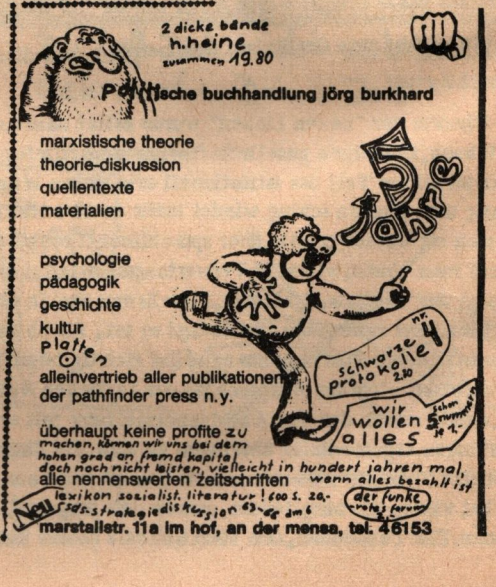
Gleichzeitig mußten aber die universitären Zwänge in dem Maße, indem der Kampf im eigenen universitären Arbeitsbereich zur Nebensache und der Appell an die Libido als Rückfall in die antiautoritäre Phase erklärt wurde, auch wieder auf die Studenten, auf die Sympathisanten der linken Gruppen und auf diese selbst durchschlagen.

Die Theorie der "neuen Linken" wurde selbst zum sozial erwarteten Wissen, in einigen gesellschaftswissenschaftlichen Instituten sogar zu einem Teil des institutionell erwarteten Wissens. Auch der Zwang zum Bluffen schlug wieder mehr durch: Hierarchien konnten sich oft wieder primär über sprachliche Techniken herstellen, indem man Worte, wie z.B. Verwertungsschwierigkeiten, reale Bewegung des Kapitals, Dialektik, Pluralismus etc. in den richtigen verbalen Zusammenhang stellte und so tat, als ob man den gesellschaftlichen Zusammenhang selbst richtig begriffen habe. Dabei wirkte sich der Anspruch, in der täglichen Agitation, in der pol. Arbeit und in der Pol. Auseinandersetzung mit anderen pol. Richtungen argumentativ überlegen zu sein, die Einsicht in die gegliederte Totalität also schon zu haben oft fatal aus. das haben wir bei vielen IG-Mitgliedern, gerade den jüngeren, oft merken können. Die Tendenzen, den Marxismus als bloßes Instument zum "Bürger-Knacken" zu betrachten, und die Abneigung, sich mit der bürgerlichen Wissenschaft konkret inhaltlich auseinanderzusetzen, sie als wichtigen Teil der bürgerlichen Wirklichkeit zu sehen und sich durch sie verunsichern zu lassen, waren kaum zu übersehen. Man sollte die Gefahr des "Theaterkommunismus" nicht unterschätzen. Allerdings wird eine bessere Gesellschaft auch kein Theorieschlaraffenland sein, in das man sich durch Bücherwände durchfressen kann. Die proletarische Revolution ist weder auf allgemein zugängliche bürgerliche (wie es noch der alte Kautsky glaubte) noch auf eigne allgemein zugängliche linke Bildung angewiesen, hinter der man bloß in dicken Bänden nachzujagen braucht.

Die Frage "Was folgt daraus?" kann ich hier in einer allgemeinen Form auch nicht anders beantworten als W. Wagner selbst:
1. Solange die Universität eine von der Produktionssphäre isolierte Intellektuellenenklave ist, lassen sich die skizzierten Zwänge und die Tendenz zur realitätsblinden Verselbständigung von Theoriegespinsten auch auf der pol. Ebene nur bekämpfen, aber nicht völlig abschaffen.
2. In allen Fällen wird es das entscheidende Mittel zur Bekämpfung dieser Zwänge sein, sie nicht als individuelles Versagen vor dem moralischen Anspruch zu brandmarken, sondern sie immer wieder am eigenen Verhalten aufzeigen und bewußt zu machen als produziert durch die kapitalistische Form der gesellschaftlichen Reproduktion. Dadurch kannes vielleicht gelingen, einmal die Auswirkungen dieser Zwänge in der eigenen Gruppe zu reduzieren und zugleich ein weit verbreitetes Bedürfnis unter den Universitätsmitgliedern als pol. Bedürfnis anzusprechen.
Beides ist entscheidend, um die grundsätzliche Solidarität (auf einer neuen Stufe) wiederherzustellen, die wichtigste Bedingung einer antikapitalistischen Perspektive ist, die aber auch nirgendwo in der Form bedroht ist, wie bei Intellektuellen.

## EINE NOCH SEHR BESCHRÄNKTE LÖSUNG

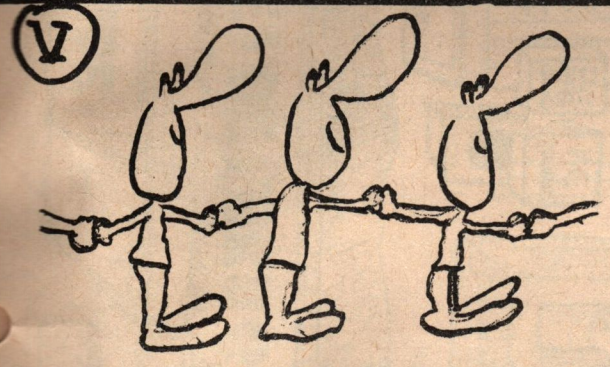
Mit dem Niedergang der antiautoritären Bewegung begann die bürgerliche Gesellschaft verständlicherweise viele Elemente des Widerstands zu integrieren, denn für die antiautoritäre Massenbasis schien es in der weiteren bloß punktuellen Solidarisierung keine Perspektive zu geben. Über die Jusos etc. werden Momente dieser Bewegung wieder auf Parteien und den Staat selbst fixiert.
Die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft kann heute genausogut zur bloßen Ergänzung des bürgerlichen Lehrbetriebs (s. Germ. Sem), zum bloßen Bildungserlebnis werden, und das Anbieten eines sozialen Bezugsrahmens in einer pol. Gruppe allein ist, ohne wirklich begriffenes pol. Ziel, ohne gemeinsames pol. Interesse eine schmierige und verlogene Sache (Was einem z. B. ganz deutlich an den Anbiederungsversuchen des MSB-Spartakus an die Studenten klarwerden muß).
P. Brückner hat das Dilemma der Linken m. E. gut zusammengefaßt:
"Wir benötigen pol. Spontanität, aber die Spontanität ist gegenwärtig zum Merkmal von einzelnen isolierten Gruppen geworden, die wir dann als Chaoten oder sonstwie disqualifizieren. Wir benötigen neben dieser pol. Spontanität zugleich revolutionäre Disziplin und die wieder ist zum Merkmal von bestimmten rigiden restalinisierenden Gruppen geworden, bei denen ein Traditionalisierungsprozess unaufhaltsam zu sein scheint. Wir benötigen drittens neben Spontanität und Disziplin auch Wissenschaftlichkeit und ich wehre mich dagegen, daß wir Wissenschaftlichkeit für den Seminarmarxismus reservieren. Wiss. ist auch ein Moment des pol. organisatorischen Kampfes. Und viertens schließlich, wir werden unsere Lage nur dann ändern können, wenn wir wieder daran denken: Kommunismus produziert Verkehrsformen; wenn wir auch an das Umwerfen von Verkehrsformen denken und nicht zulassen, daß auch dieses Merkmal pol. Identität zum Merkmal bestimmter subkultureller Gruppen werden. Wenn wir diesen Typus von Zersplitterung nicht überwinden, dann brauchen wir den Staatsapparat nicht zu unserer Zerschlagung, dann nehmen wir unsere Zerschlagung in eigene Regie." (In "Kongress gegen pol. Unterdr." Berlin, 1972, S. 126ff).
In dieser Allgemeinheit ist natürlich noch keine Handlungsmöglichkeit angegeben: Dies sollte also nicht als Kochrezept für linke Politik aufgefaßt werden.
Eine Gruppe altgedienter KHG-Gegner, der SHS, hat im letzten Semester durch spontane Aktionen in verschiedener Hinsicht diskutierbare Konflikte aufgezeigt. Daß aber das rein aktionistische Moment nicht mehr auf denselben Boden wie zur SDS-Zeit, auf eine nur so mobilisierbare Studentenschaft stößt, hat faktisch das Desinteresse der Studenten gezeigt. Nicht an allem kann die KHG Schuld sein! Es ist auf die Dauer für jeden unbefriedigend, wenn er nicht weiß und begründen kann, warum er etwas macht. Die Sicherheit im Auftreten, die Solidarität muß heute für die linke intellektuelle Basis auch theoretisch erklärbar sein: Es konnte sich doch jeder denken, daß der SHS nicht einfach bloß aktionistisch ist, sondern dies im Zusammenhang weitergehender Überlegungen steht. Das Wissen über den Zusammenhang sollte aber gerade nicht wieder an eine kleine Elite deligiert werden: Das wird von den linken Studenten einfach nicht mehr akzeptiert (etwa aus einem allgemeinen Gefühl von Unterdrückung heraus.). Auch heute gilt wohl, was O. Negt schon 1968 gefordert hatte: "Nur durch die Herausbildung langfristiger Aktionsstrategien kann die Selbstzerstörerische Angst vor dem pol. Identitätsverlust überwunden und die zur Stabilisierung unerläßliche taktische Kompromißfähigkeit mit anderen oppositionellen Gruppierungen erhöht werden." (Die Linke antwortet Habermas, S. 17).
Wir, d. h. der "rote Debattierklub", sehen unsre Perspektive vorläufig in der Aufarbeitung der Strategiediskussion innerhalb der Linken unter Einbeziehung unserer direkten Erfahrungen.
Es ist für uns allerdings äußerst unbefriedigend, daß wir momentan ohne pol. Initiative sind und in der Gefahr stehen, ein etwas esoterischer Zirkel zu werden. Wir können unser Dilemma aber vorläufig bloß offen festhalten und uns von Fall zu Fall zu pol. Anlässen verhalten. -



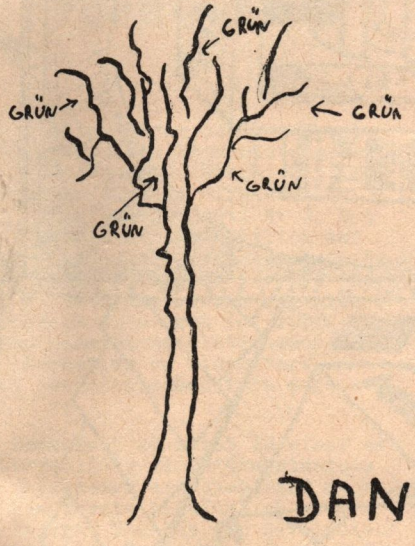
# Zur Uni VV oder: Von der Revolution zur Resolution

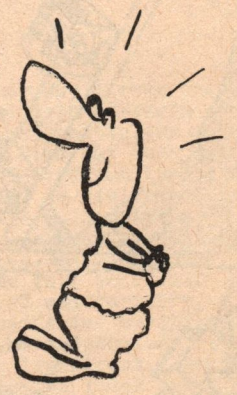
Wieso eigentlich zur Resolution?
Nach den Erfahrungen in der Uni VV zeichnen sich Resolutionen dadurch aus, daß wir aus ihnen nicht ablesen können, was wir tun sollen.
Die Resolutionen fordern uns entweder auf, unsere Solidarität mit irgendjemand verbal zu bekunden, oder sie fordern den ASta oder eine andere Institution auf, etwas zu tun oder zu lassen, oder sie sind einfach dazu da, die Politik einer Gruppe von hinter her zu legitimieren.
Dementsprechend werden sie auch diskutiert: die Beiträge sind starr und langweilig, nicht etwa, weil sie zu lang sind (auch lange Reden können gut und"spannend" sein), sondern weil die Volksredner sich nur in ihren Deklamationen, Einschätzungen, Erkenntnissen wiederholen und nicht aufeinander eingehen, höchstens in der Form "Meine Vorredner haben großen Scheiß geredet, seid froh, daß ihr jetzt mir zuhören könnt!"

Dadurch bleibt allen, die nicht reden können, nur die Passivität verbunden mit der Scheinaktivität der Abstimmung
Wir wollen nicht mehr Stimmvieh sein
Wir wollen die Uni VV wieder zu einem Ort machen, wo wir unsere politischen Probleme gemeinsam diskutieren können damit wir gemeinsam handeln können!

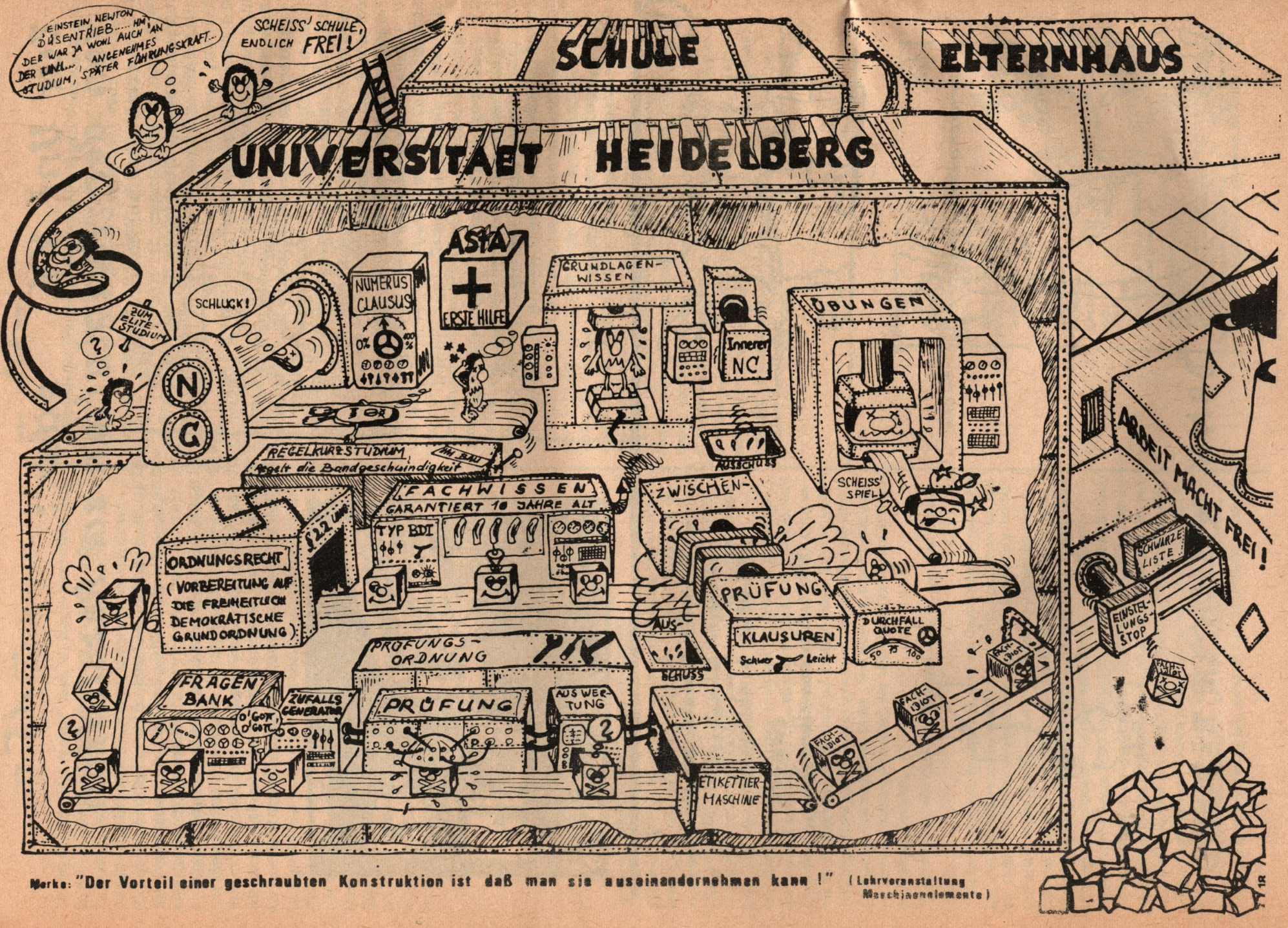



Wir wolln es nicht verschweigen
In dieser Schweigezeit
Das Grün bricht aus den Zweigen
Wir wolln das allen zeigen





DANN WISSEN SIE BESCHEID




Merke: "Der Vorteil einer geschraubten Konstruktion ist daß man sie auseinandernehmen kann !" (Lehrveranstaltung Maschinenelemente)